

Die unsichtbare Verfassung der Umstrittenheit. Zur Rolle von Umstrittenheit in der Normenforschung

Henrik Schillinger und Holger Niemann

1. Einleitung¹

Die neuere Normenforschung lenkt auf empirischer und theoretischer Grundlage den Blick auf die Umstrittenheit von Normen (Wiener 2004, 2008, 2009, 2014; Deitelhoff/Zimmermann 2013; Niemann/Schillinger 2017; McKeown 2009; van Kersbergen/Verbeek 2007; Sandholtz 2008; Joachim/Schneiker 2012). Damit wird jedoch die Grundannahme von Normen als *shared understandings* (Katzenstein 1996; Klotz 1995) fundamental infrage gestellt. Stattdessen wird argumentiert, dass sich die Bedeutung von Normen durch anwendungspraktische kontextgebundene Interpretation (*meaning-in-use*) herausbildet und daher grundsätzlich umstritten ist. Umstrittenheit hebt dabei etwa die »konsistente Inkonsistenz« (Methmann 2010), Lokalisierungseffekte (Acharya 2004; Kim 2009) oder die »Politik der Normen« (van Kersbergen/Verbeek 2007) im Sinne eines fortlaufenden politischen Prozesses der Aushandlung von Bedeutungen hervor. Die Stabilität von Normen als fixierter Sinngehalt wird so fraglich (Krook/True 2012). Umstrittenheit ist damit nicht nur eines von verschiedenen identifizierten Desideraten der gegenwärtigen Normenforschung (Rosert 2012: 600). Vielmehr stellt Umstrittenheit die Grundlagen bisheriger Normenforschung infrage und es bedarf der Diskussion, wie Umstrittenheit zur Konzeptualisierung von Normen beitragen kann (vgl. hierzu auch den Beitrag von Gholiagha, Hansen-Magnusson und Hofius in diesem Band).

Wir argumentieren, dass gerade durch diese Infragestellung von bisherigen Grundannahmen im Konzept der Umstrittenheit das analytische Potential einer kritischen Normenforschung (Engelkamp/Glaab/Renner 2012; Renner 2013, Engelkamp/Glaab 2015) deutlich wird. Angesichts dieser Bedeutung ist jedoch eine kritische Diskussion von Umstrittenheit und ihrer Implikationen von zentraler Relevanz für die Weiterentwicklung kritischer und konstruktivistischer Ansätze der Normenforschung. Zu diesem

1 Für eine weiterführende Version des Arguments siehe Niemann/Schillinger (2017).

Zweck befasst sich der Beitrag mit dem Konzept der Umstrittenheit, wie es Antje Wiener vor allem im Rahmen ihrer Monographie *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters* (Wiener 2008) dargelegt hat.² Der vorliegende Beitrag würdigt zum einen den im eigentlichen Sinne kritischen Wert des Ansatzes, der die Konzeption von Normen als Fakten problematisiert und konkrete Vorschläge für demokratisches Regieren jenseits des Staats macht. Zum anderen soll jedoch diskutiert werden, inwieweit dem Konzept der Umstrittenheit eine »Politik der Realität« (Zehfuss 2002) zugrunde liegt und damit implizite Vorannahmen und Setzungen beinhaltet, die Umstrittenheit als genuine Qualität von Normen letztlich doch wieder infrage stellen. Mit der Diskussion einer impliziten »Politik der Realität« des Ansatzes verbindet der Beitrag die Hoffnung, Wege zur weiteren Ausformulierung einer kritischen konstruktivistischen Normenforschung aufzeigen zu können.³

In diesem Sinne wird in einem ersten Argumentationsschritt dargelegt, dass Wieners Ansatz nicht nur eine Kritik der bestehenden Normenforschung darstellt, sondern die von ihr identifizierten Forschungslücken und Inkonsistenzen aufgreift, um mit dem Konzept der Umstrittenheit ein kritisch-konstruktivistisches Konzept von Normen zu entwerfen. Ausgehend von diesem Befund diskutiert der Beitrag im Anschluss eine Reihe von impliziten Voraussetzungen, die dem Konzept der Umstrittenheit zugrunde liegen und es nicht nur engführen, sondern auch dessen kritisches Potential infrage stellen. Im Einzelnen identifiziert der Beitrag drei Annahmen: Erstens lässt sich eine Ontologisierung von Normen als kulturelle Fakten erkennen, die im Widerspruch zu einem intersubjektivistischen Verständnis von Normen steht (vgl. hierzu auch den Beitrag von Jacobi und Kuntz in diesem Band). Zweitens stellen nicht *internationale encounters* (Interak-

2 Das Konzept der Umstrittenheit entwickelt sich, wie die Normenforschung insgesamt, dynamisch. Dies zeigt sich auch in den Arbeiten von Antje Wiener, die in neueren Beiträgen das Konzept an zentralen Stellen weiterentwickelt (2014; 2017). Dieser Beitrag beschränkt sich für eine kohärente Argumentation jedoch vor allem auf Wiener (2008).

3 Mit dem Begriff des kritischen Konstruktivismus fassen wir jene Ansätze zusammen, die die Dynamik von Reflexivität und Intersubjektivität hervorheben und verschiedentlich auch als konsistenter oder harter Konstruktivismus bezeichnet werden. Für systematische Diskussionen eines solchen Konstruktivismus siehe vor allem Fierke (2001); Guzzini (2000) und Pouliot (2007), für die breitere Diskussion um die inhaltlichen Ausdifferenzierungen des Konstruktivismus in den IB auch Price/Reus-Smit (1998) und Hopf (1998). Frühere Beiträge zu einer kritischen konstruktivistischen Normenforschung umfassen u.a. Kratochwil (1989), Epstein (2008) und in Teilen auch der auf Derrida basierende Ansatz in Zehfuss (2002).

tionen), sondern individuelle Akteur*innen die Analyseebene dar. Drittens führen diese empirisch-analytischen Vorannahmen des Ansatzes zu einem implizit dialogischen und konsensualen Politikverständnis, das den Aspekt der Macht und damit die Implikationen einer »Politik der Realität« aus der analytischen und normativen Betrachtung ausblendet. Indem wir die impliziten Vorannahmen in Wieners Konzept der Umstrittenheit offenlegen, hoffen wir den Weg für eine Weiterentwicklung zu bereiten, die Umstrittenheit als Kern des Normenbegriffs konzeptualisiert und damit Wege zu einer kritischen konstruktivistischen Betrachtung von Normen eröffnet.

2. Umstrittenheit als neue Perspektive der Normenforschung

Mit der Fokussierung auf die Umstrittenheit und Aushandlung der Bedeutung von Normen in internationalen Aufeinandertreffen (*international encounters*) als Interaktionsräume verlagert Wiener die Perspektive von der Normbildung bzw. -diffusion auf die Normbedeutung und ermöglicht so eine kritische Perspektive in der Normenforschung. Wiener entwickelt ihren Ansatz ausdrücklich in der Abgrenzung von Konzepten, die Normen ontologisieren, also Normen als soziale oder deliberativ verhandelte Fakten mit feststehender Bedeutung behandeln (Finnemore 2003; Finnemore/Sikkink 1998; Katzenstein 1996). Der Ansatz leistet damit einen wesentlichen Beitrag zu einer kritischen Normenforschung, die Reflexivität im Sinne eines intrinsischen Zusammenhanges von Ontologie und Epistemologie als Ontologie/Epistemologie (Pouliot 2007: 363) versteht. Diese Perspektive spiegelt sich in Wieners zentralen Grundannahmen wider:

»The focus of analysis which follows this approach seeks to understand variation in the meaning of norms based on three assumptions: (i) norms entail a dual quality; (ii) the meaning of norms is embedded in a structure of meaning-in-use; and (iii) meaning evolves through interaction in context – it is embedded in social practice and therefore subject to change.« (Wiener 2008: 57)

Im Prinzip der Umstrittenheit findet Wiener einen theoretischen Begriff, der diese Grundannahmen analytisch fruchtbar macht und zugleich im Sinne einer doppelten Hermeneutik (Guzzini 2000: 174) eine Verbindung zu normativen Fragen von Legitimität im Kontext von Transnationalisierung und Konstitutionalisierung herstellt. Grundlage des Ansatzes ist die Annahme oder Beobachtung, dass Normen eine doppelte Qualität (*dual quality*) aufweisen, also einerseits sozial konstruiert sind und andererseits zugleich soziale Interaktion strukturieren. Wenn Normen nicht als soziale

Fakten ontologisiert und damit auf ihre strukturierende Dimension reduziert werden sollen, muss weiter angenommen werden, dass die Bedeutung von Normen als soziale Praxis konstituiert wird und ihre Bedeutung umstritten ist. Mit diesen Grundannahmen bietet Wieners Ansatz einen wesentlichen Perspektivwandel für die Normenforschung, indem er den (1) analytischen Blick auf Normen als Praktiken (*meaning-in-use*) lenkt, (2) die Dimension der kulturellen Geltung von Normen in den Mittelpunkt rückt, (3) die Umstrittenheit von Normen hervorhebt und so (4) die Normativität der Normen in den Betrachtungsrahmen einbeziehen kann.

(1) Die Bedeutung von Normen besteht im Wesentlichen als *meaning-in-use*, also in der alltäglichen Praxis ihrer Interpretation und Anwendung in der Interaktion mit anderen Akteur*innen. Bedeutung ist demnach nicht feststehend und stabil, sondern in sozialen Praktiken begründet und entwickelt sich in der sozialen Interaktion beständig weiter. Damit rückt der Ansatz die doppelte Qualität von Normen in den Mittelpunkt, die sich gleichermaßen als stabil und flexibel verstehen lassen (Wiener 2008: 9, 50). *Meaning-in-use* zeigt somit einen der zentralen Konstitutionsprozesse von Normen an, nämlich die Herausbildung von Intersubjektivität. Obwohl Normen aus konstruktivistischer Perspektive als *shared understandings* definiert werden (Björkdahl 2002; Finnemore/Sikkink 1998; Katzenstein 1996), bleibt dabei zumeist offen, was dieses gemeinsam geteilte Verständnis eigentlich konstituiert. Wieners Fokus auf die *meaning-in-use* offenbart die Herausbildung von Intersubjektivität durch soziale Praxis und geht damit deutlich über die bisherige konstruktivistische Definition von Normen hinaus. Dies ist zentral, stellt es doch eine wesentliche Abkehr von der strukturalistischen Betrachtungsweise der frühen konstruktivistischen Normenforschung dar, die – wie von Checkel bereits 1998 kritisch angemerkt (Checkel 1998: 325) – unter einer mangelnden Berücksichtigung von *agency* litt (vgl. hierzu auch den Beitrag von Herschinger und Sauer in diesem Band). Die Perspektive auf *meaning-in-use* von Normen kann hingegen das produktive Wechselspiel von Struktur und Akteur aufzeigen. Damit hinterfragt Wiener zugleich auch eine Ontologisierung von Normen. Denn werden Normen auf ihre Funktion als Verhaltensstandards und Routinen reduziert, geht nicht nur die moralische Dimension verloren (Klotz 1995: 14; Goertz/Diehl 1992: 638), sondern zwangsläufig rücken Fragen bezüglich der Einhaltung und Effektivität von Normen in den Vordergrund (Deitelhoff 2006: 69). Damit kann die konstruktivistische Normenforschung zwar in einer Vielzahl empirischer Einzelfallstudien die Bedeutung von Normen aufzeigen, das zentrale Desiderat, nämlich der Wandel intersubjektiver normativer Überzeugungen, bleibt aber unbeantwortet (Deitelhoff 2006: 77; Finnemore/Sikkink 1998: 894). Der gleichzeitige Fokus auf

meaning-in-use und die *dual quality* von Normen bieten hierfür einen Ausweg.

(2) Wieners Ansatz eröffnet mit seiner Betonung der kulturellen Geltung von Normen eine Perspektive, die auf eine unsichtbare Dimension internationaler Politik verweist und in den kulturellen Praktiken der beteiligten Akteur*innen begründet. Der jeweilige soziokulturelle Hintergrund bestimmt als *normatives Gepäck* individueller Akteur*innen, wie Normen jenseits ihrer formalen Festschreibung und über etablierte (sozial anerkannte) organisatorische Praktiken hinaus konkret interpretiert und angewendet (kulturell validiert) werden (Wiener 2008: 4-5, 35). Mittels dieser *invisible constitution* kann ein Blick auf die Wirkung von Normen geworfen werden, der nicht nur den Kontext berücksichtigt, sondern auch die jeweiligen subjektiven normativen Dispositionen. Auch wenn in der Normenforschung immer betont wird, dass Normen nur als größere normative Zusammenhänge bzw. Normensets zu verstehen sind (Raymond 1997: 231; Kratochwil 1989: 32), wird aus forschungspragmatischen Gründen häufig eine isolierte Betrachtung von Normen vollzogen. Gerade empirische Fallstudien zur Wirkung oder Diffusion von Normen fokussieren in der Regel auf einzelne erfolgreiche Normen, was bereits früh kritisiert worden ist (Legro 1997: 34). Ein solches Vorgehen kann aber weder die Einbettung in größere normative Kontexte noch die jeweilige individuelle Interpretation berücksichtigen (Kratochwil 2001: 50). Wieners Ansatz bietet hierfür einen Ausweg, gerade weil auf einer grundsätzlichen Kritik am bisherigen Verständnis internationaler Normen als *shared understandings* aufbaut und die kulturelle Geltung als individuelle Dimension miteinbezieht, ohne deren strukturierende Wirkung zu vernachlässigen.

(3) Weil die Bedeutung von Normen immer wieder auf der Ebene der Praxis in der Interaktion zwischen Akteur*innen neu ausgelegt wird, sind Normen grundsätzlich umstritten. Das markiert eine Zäsur zur bisherigen Normenforschung, denn Umstrittenheit scheint die Annahme eines intersubjektiven Konsenses über Normen als *shared understandings* auf den ersten Blick fundamental infrage zu stellen. Dies ist so bedeutsam, weil die kollektive Dimension von Normen gerade durch eine konstruktivistische Normenforschung hervorgehoben wird, etwa wenn festgestellt wird: »Norms entail a collective evaluation and future expectations of behaviour« (Björkdahl 2002: 15). Die vergemeinschaftlichende Funktion von Normen hervorzuheben, diente gerade in Abgrenzung zu rationalistischen Ansätzen der Normenforschung (Axelrod 1986) dazu, die Rolle ideeller Faktoren und damit die Relevanz eines konstruktivistischen Forschungsprogramms in den internationalen Beziehungen zu begründen (Finnemore/Sikkink 2001; Björkdahl 2002; Checkel 1998: 230). Wieners Konzept ist

jedoch keine radikale Zurückweisung dieser konstruktivistischen Grundannahmen. Denn im Sinne der *dual quality* sind Normen immer beides, stabil und flexibel. Daher stellt die Betonung von Umstrittenheit die Grundidee sozialer Normen nicht infrage, sondern ergänzt sie um eine bislang vernachlässigte praxisorientierte Komponente. Damit eröffnet Wiener zugleich einen grundsätzlich neuen Blick auf vielfach diskutierte Themen der Normenforschung, wie etwa Anerkennung, Befolgung und Diffusion internationaler Normen. Die häufig implizit vorausgesetzte Teleologie internationaler Normen, die nach erfolgreicher Herausbildung und Diffusion in nicht weiter hinterfragten Praktiken als habituelle Eigenschaften verschwinden (Finnemore/Sikkink 1998; Payne 2001; Cortell/Davis 2000), wird so infrage gestellt. Der Fokus auf die Umstrittenheit von Normen ermöglicht stattdessen auf die häufig angemahnte Untersuchung problematischer oder erodierender Normen (Rosert/Schirmbeck 2007; McKeown 2009; Panke/Petersohn 2012) einzugehen und neben einer integrierenden auch eine antagonistische Dimension von Normen zu erfassen. Die Perspektive der Normenforschung verlagert sich so im Sinne Wieners praxistheoretischer Verortung von Fragen nach Normwirkung und -effektivität zur grundsätzlichen Bedeutung von Normen für die Strukturation sozialer Interaktionsprozesse.

(4) Umstrittenheit eröffnet so eine analytische Perspektive auf die normative Dimension von Normen. Denn wie Maja Zehfuss betont, drückt sich in der Intersubjektivität immer auch die Normativität von Normen aus, die wiederum politische Implikationen begründet (Zehfuss 2002: 150). In dem Maße, in dem eine Norm bzw. eine Norminterpretation nicht faktische Normalität, sondern lediglich einen Geltungsanspruch beinhaltet, hängt die demokratische Legitimität transnationaler Verregelungsprozesse von der Möglichkeit ab, die Diversität von Norminterpretationen politisch zu verhandeln. Wieners Diskussion eines institutionell gewährleisteten Anspruchs auf *Zugang zu Umstrittenheit* führt zugleich zu den normativen Implikationen für die Theorie selbst. Das Konzept der Umstrittenheit ist nicht nur eine Theorie über Normen, sondern zugleich eine normative Theorie mit demokratiethoretischem Geltungsanspruch (Wiener 2008: 197–214, Wiener 2014: 81). Mit dieser analytischen Perspektive kann Wiener der immer wieder betonten Vernachlässigung der normativen Dimension von Normen entgegenreten (Finnemore/Sikkink 1998: 891; Kratochwil 1989: 101; Deitelhoff 2006: 68; Björkdahl 2002: 14; Goertz/Diehl 1992: 638). Die *oughtness* von Normen geht analytisch verloren, wenn Normen aus einer strukturalistischen Perspektive als ritualisierte Handlungsoptionen verstanden werden. Die vermeintliche Infragestellung des Kerngehalts von Normen (intersubjektive Verständnisse über An-

gemessenheit) kann Wiener gerade durch den Blick auf Prozesse der Umstrittenheit offenlegen und leistet damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis von Normativität, sondern zeigt auch die normativen Implikationen der Normentheorie auf. Gerade dies muss aus der Perspektive eines kritischen Konstruktivismus wesentlicher Bestandteil der Normenforschung sein.

Diese Punkte verdeutlichen die Bedeutung von Wieners Ansatz für die Entwicklung einer kritisch konstruktivistischen Normenforschung: Mit dem Konzept der Umstrittenheit gelingt es nicht nur, eine Reihe problematischer Grundannahmen der bisherigen Normenforschung aufzuzeigen und existierende Lücken zu schließen, sondern es bietet sich auch ein dezidiert normativer Zugang zu den politischen Konsequenzen umstrittener Normen. In den folgenden Abschnitten diskutiert der Beitrag diesen Mehrwert für die Normenforschung im Detail. Zugleich offenbart diese Diskussion jedoch, dass dem Konzept der Umstrittenheit eine Reihe von impliziten Vorannahmen zugrunde liegt, die die Idee von Normen als prinzipiell umstritten infrage stellt und auf eine Politik der Realität verweist, deren Implikationen stärkere Beachtung verdienen.

3. *Die Ontologisierung von Kultur: Die doppelte Qualität von Normen und die Unumstrittenheit von Kultur*

Wieners Ansatz betont die Notwendigkeit einer reflexiven Perspektive auf Normen, die in der bisherigen Normenforschung fehlen würde: »one perspective studies behaviour *in reaction* to norms, thus stressing the structural quality, the other considers intervention *in relation* to norms« (Wiener 2008: 38, Hervorh. dort). In der bisherigen Normenforschung steht also die Reaktion der Akteur*innen auf Normen als intervenierende Variable mit stabiler Bedeutung – und entsprechend eindeutig erkennbaren und durchsetzbaren Verhaltensvorschriften (Wiener 2008: 42) – im Fokus der Analyse, anstatt die Konstruktion von Bedeutung über soziale Praktiken in Relation zu Akteur*innen zu untersuchen. Indem Normen als soziale oder ausgehandelte Fakten verstanden werden, nimmt die konventionelle Normenforschung eine Verschiebung des Normenkonzepts von der konzeptionellen auf die phänomenologische Ebene vor (Wiener 2008: 46). Damit werden Normen ontologisiert und ihre intersubjektive Dimension geht verloren. Um diese Dimension zu erhalten und die doppelte Qualität von Normen analytisch fassbar zu machen, betont Wiener die prinzipielle Umstrittenheit von Normen. Das Konzept der Umstrittenheit weist darauf

hin, dass die Faktizität und Geltung von Normen in einem dialektischen Spannungsverhältnis stehen:

»While norm validity is in principle contested, norm recognition does structure behaviour. In turn, as a social practice, behaviour has an effect on type and meaning of a norm« (Wiener 2008: 50).

Dies bedeutet, dass die formale Geltung von Normen (etwa durch einen Vertragstext), die soziale Anerkennung einer geteilten Bedeutung dieser Norm und die kulturelle Validierung basierend auf der sozialen Praxis durch unterschiedliche Kontextbedingungen auseinanderfallen können – und einander auf keinen Fall direkt bedingen müssen. Während Rechtsstaatlichkeit, um eines von Wieners Fallbeispielen aufzugreifen, als formal festgeschriebene Norm sowohl in Brüssel (also in einer transnationalen europäischen Elite) wie auch in Berlin und London (also unter nationalen Eliten) eindeutig sozial anerkannt wird, divergieren die Bedeutungszuweisungen innerhalb der jeweiligen politischen Arena erheblich. Während in London der Begriff eher im Sinne von *Gesellschaft* gefasst wird, verbindet die Berliner Elite ihn mit einer Vorstellung von *Gemeinschaft*. Das hat politische Implikationen, z.B. für die Haltung zum Erweiterungsprozess der EU. Während in London eher in Begriffen von Stabilität argumentiert wird, steht in Berlin die Finalität des politischen Projekts im Vordergrund. Die Brüsseler Elite wiederum zeigt, laut Wiener, im Sinne einer Sowohl/als auch-Einstellung keine eindeutige Überzeugung in dieser Frage (Wiener 2008: 142–146).

In diesem Beispiel zeigt sich, dass mit der formalen Anerkennung der Norm vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interpretationskontexte nicht zwangsläufig die soziale Anerkennung *einer* intersubjektiv geteilten Normbedeutung einhergeht. Divergenz oder Diffusion von Bedeutungszuschreibung auf der Basis kultureller Interpretationspraxis, bzw. das Auseinander- oder Zusammenfallen formaler Geltung, sozialer Anerkennung und kultureller Gültigkeit von Normen werden entsprechend als *unsichtbare Grundlage der Politik* ausgemacht (Wiener 2008: 62). Aus der kulturellen Gültigkeit als letzten Grund normativer Sinnzuschreibung und der Divergenz oder Diffusion dieser Sinnzuschreibung über verschiedene kulturell abgegrenzte Kontexte hinweg leitet Wiener allgemeine Erwartungen für die internationale Politik ab:

»In the absence of all-encompassing transnationalisation, international politics is constitutive for more rather than less diversity. International encounters are therefore expected to generate conflict and contestation« (Wiener 2008: 195).

In der konkreten Konzeptualisierung dieser *unsichtbaren Verfassung der Politik* zeigen sich aber eine Reihe impliziter Annahmen hinsichtlich der doppelten Qualität von Normen und ihre daraus resultierende Umstrittenheit, die die reflexive Perspektive des Konzepts hinterfragen.

So impliziert die Vorstellung von Umstrittenheit als Ergebnis divergierender kulturell begründeter Sinnzuschreibungen an Normen letztlich eine Ontologisierung von Kultur. Im Vergleich zur Ontologisierung von Normen, die Wiener in der bisherigen Normenforschung erkennt, stellt Umstrittenheit in dieser Interpretation keine intersubjektivistische Alternative dar, sondern verlagert den Ort der Bedeutungsfixierung lediglich auf eine andere (nationale/kulturelle) Analyseebene. Die Flexibilität der Norm korrespondiert nicht mit der Flexibilität von Bedeutung. Im Hinblick auf das Verständnis von Bedeutung besteht also weiterhin eine grundsätzliche Stabilitätsannahme. Inwiefern *meaning-in-use* in dieser Version einen konzeptionellen Fortschritt gegenüber *meaning* darstellt bleibt offen. Stattdessen werden Normen implizit als stabile Fakten gefasst. Die kulturelle Geltung wird damit zur kulturellen Faktizität.

Diese implizite Stabilitätsannahme führt auf der Ebene der Bedeutung dazu, dass die soziale Konstruktion von Wissen nicht erfasst werden kann. Reflexivität und intersubjektive Interaktion sind zwar in der Vorstellung des *internationalen* Aufeinandertreffens von Angehörigen nationaler Eliten wie auch in der Möglichkeit der transnationalen Konstruktion geteilten Sinns ausdrücklich angelegt. Gerade diese Interaktion wird aber über die Beschränkung von kulturellen Praktiken auf eine quasi-nationale Ebene aus der analytischen Betrachtung ausgeschlossen (Wiener 2008: 62). Dieser Ausschluss ist dabei nicht das Ergebnis methodischer Entscheidungen, sondern konzeptionell begründet. Dies äußert sich in der Annahme, dass Individuen kulturelle Sinnzuschreibungen als »normatives Gepäck« (Wiener 2008: 6) auch außerhalb ihres entsprechenden sozialen Kontexts unreflektiert anwenden. Erst auf diese Weise kann die Dimension der kulturellen Gültigkeit zur *unsichtbaren* Grundlage der Politik werden. Diese Unsichtbarkeit ist nur vor dem Hintergrund denkbar, dass Reflexivität und Intersubjektivität in internationalen *encounters* weitgehend ausgeklammert bleiben. Wie dann jedoch die Entstehung und der Wandel von Normen bzw. der intersubjektiven Sinnzuschreibung an Normen funktionieren können wird analytisch ausgeklammert und erschöpft sich in der Annahme, dass eine Vielfalt von Sinnzuschreibungen bereits eine mögliche Erklärung darstellt. Eine intersubjektivistische Konzeption von Wissen oder Handlung kann somit nicht erfasst werden, obwohl gerade diese als zentrale Bestandteile eines kritischen Konstruktivismus verstanden werden können (Friedrichs/Kratochwil 2009; Guzzini 2000).

Schließlich resultiert Umstrittenheit in Wieners Ansatz vor allem in der Vervielfachung von Orten der Bedeutungsfixierung und aus der genuinen Qualität von Normen. Normative Flexibilität kann so nur vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Stabilitätsannahme wirken. Dieses Verhältnis von Flexibilität und Stabilität ermöglicht es, klare Erwartungen über Konflikte auf der Basis von Divergenz- oder Diffusionsmustern in normativen Sinnzuschreibungen über politische Arenen hinweg zu formulieren. Gleichzeitig bleibt damit aber ein Teil des empirischen Befunds von Wiener theoretisch unzugänglich: Auf der Ebene der transnationalen Elite in Brüssel existieren gegensätzliche Sinnzuschreibungen einer Norm gleichzeitig nebeneinander (sowohl/als auch) statt sich kategorisch auszuschließen (entweder/oder). Der Zusammenhang zwischen Divergenz in der Sinnzuschreibung und politischem Konflikt scheint also nicht eindeutig zu sein. Die Vervielfachung von Orten der Bedeutungsfixierung wird als Ursache für Umstrittenheit verstanden und die Vermeidung von Konflikten durch eine Offenlegung sowie Bearbeitung dieser divergenten Sinnzuschreibungen in transnationalen Institutionen als Lösungsmöglichkeit betont (Wiener 2008: 201). Zugleich erkennt Wiener in einem Nebeneinander der Bedeutungen wie allgemein in Diversität jedoch ein Mehr an demokratischer Legitimation (Wiener 2008: 202). Die Diversität von Sinnzuschreibungen in Brüssel werden somit gleichzeitig als problematisch wie normativ wünschenswert verstanden, ohne dass dieses Spannungsverhältnis theoretisch aufgefangen werden kann.

Mit der Betonung der kulturellen Geltung von Normen stellt Wieners Ansatz einen wichtigen Schritt dar, um die Bedeutung von Normen konsequent kontextabhängig zu fassen und dabei die Gleichzeitigkeit verschiedener Kontexte und Interpretationen zuzulassen. Eine Ontologisierung von Normen als Fakten, wie sie in der Mehrzahl der bestehenden Herangehensweisen an Normen vorzufinden ist, hinterfragt der Ansatz damit. Durch den Rückgriff auf kulturelle Geltung als *meaning-in-use* wird das Problem der Ontologisierung jedoch nicht gelöst, sondern lediglich auf eine andere Ebene der Norminterpretation verlagert. Während es dem Ansatz auf diese Weise einerseits gelingt, das Normverständnis am Punkt des Zusammenpralls (*encounter*) verschiedener Norminterpretationen zu dynamisieren, wird mit dem Verweis auf die kulturelle Geltung von Normen zugleich jedoch die Möglichkeit der Fixierung und damit letztlich die Umstrittenheit von kulturellen Geltungen betont. Die intersubjektive Konstruktion von Bedeutung durch diskursive Praktiken wird durch diese impliziten Grundannahmen verengt; die Umstrittenheit von Normen erscheint vor allem als ein Problem konfligierender kultureller Geltung. Der Begriff der Umstrittenheit wird folglich nicht *all the way down* erfasst, son-

dern durch ein Verständnis der kulturellen Geltung als kulturelle Faktizität von Normen fixiert, reifiziert und letztlich ontologisiert (Niemann/Schillinger 2017).

4. Die Individualisierung der Umstrittenheit: Normen, Individuen und die Identität der Identität

Der Ausgangspunkt für Wieners Konzept ist eine Kritik an den handlungstheoretischen Annahmen der bisherigen Normenforschung. Dies entspricht der Forderung eines kritischen Konstruktivismus »to combine a social theory of knowledge with an intersubjective, and not an individualist, theory of meaningful action« (Guzzini 2000: 499). Vor allem die Trennung von Normen und Werten in bisherigen Ansätzen der Normenforschung führt Wiener zufolge zu einer Nichtberücksichtigung von *agency* im Prozess der Normgenese und des Normwandels:

»The first caveat is the bracketing of interaction and the assumption that stable norms structure behaviour. As a consequence, the very process of meaning construction is excluded from the analysis. The second caveat is the assumption of stable (or 'given') community identities. While as a precondition stable identities are important indicators for the analysis of national identity options, they prevent analytical appreciation of moving individuals and changing individually transported associative connotations as a result« (Wiener 2008: 71).

Akteur*innen reagieren in der behaviouralistischen Konzeption von Interaktion auf stabile Normen vor dem Hintergrund einer stabilen Identität. Im Gegensatz dazu fassen reflexive Ansätze Interaktion als intersubjektiven Prozess auf und nehmen das Wechselspiel zwischen Normen, Bedeutungen und Identitäten in den Blick. Normen und Identitäten erscheinen entsprechend als grundsätzlich flexibel und wandelbar in ihrer Bedeutung sowie kontextabhängig. Wiener kritisiert, dass diese behaviouralistische Grundannahme sowohl in der Logik der Angemessenheit wie auch in der Logik des Argumentierens enthalten ist und sie damit implizit die Annahme stabiler Identitäten unterstreichen. Wie dieser Abschnitt zeigt, liegt jedoch auch dem Konzept der Umstrittenheit die implizite Annahme der Individualisierung von Umstrittenheit zugrunde. Dies manifestiert eine Politik der Realität, da von einer stabilen »Identität der Identität« (Zehfuss 2001: 92) ausgegangen wird.

Auf der Ebene des Handelns argumentiert das Konzept der Umstrittenheit, dass Akteur*innen in einem Kontext operieren, der durch das Zusam-

menspiel von *meaning-in-use* und den Individuen definiert wird (Wiener 2008: 71). Entsprechend liegt der empirische Fokus auf »interventions made by individuals who operate on a micro-level in 'settings of interaction', which are identified as 'locales' of day-to-day practice« (Wiener 2008: 71). Im Mittelpunkt der Analyse stehen also die Interaktion und die individuelle Umsetzung (*enactment*) von Normen als bedeutungsgenerierende oder -verändernde Praxis in Form diskursiver Interventionen. Als Interaktionsmechanismus zwischen Individuen enthüllten diese zum einen assoziative Konnotationen der Individuen mit bestimmten Normen, zum anderen lassen sie aber auch die Kontingenz von Normbedeutungen sichtbar werden. Diskursive Interventionen sollen jedoch nicht darauf reduziert werden, divergierende, konvergierende oder diffuse Bedeutungsmuster zu enthüllen, sondern es wird erwartet, dass die Häufigkeit und der Ort der Interaktion einen Einfluss auf die Sinnggebung ausüben (Wiener 2008: 72). Damit folgt Wiener der Forderung eines kritischen Konstruktivismus nach einer intersubjektivistischen anstelle einer individualistischen Theorie sinnbezogenen Handelns (Guzzini 2000: 162). Trotz dieser Grundüberlegungen liegt dem Konzept der Umstrittenheit letztlich ein individualistisches Akteurskonzept zugrunde. Ein solches Akteurskonzept steht jedoch im Widerspruch zu einem konstruktivistischen Verständnis von Normen als intersubjektive Phänomene und hat Konsequenzen für eine Konzeptualisierung von Umstrittenheit als essentielle Qualität von Normen.

Dem zentralen theoretischen Begriff der kulturellen Geltung liegt im Hinblick auf das Handeln kein relationales, sondern ein reaktives Interaktionsverständnis zugrunde. Kulturelle Geltung äußert sich als normatives Gepäck auf das die Individuen *unsichtbar*, also unreflektiert zurückgreifen, wenn sie auf der internationalen Ebene mit Normen konfrontiert werden.

»In the absence of shared social recognition and collective deliberation to establish legitimate interpretation of a norm's formal validity, individuals will resort to their respective culturally constituted 'background knowledge' or their 'normative baggage'« (Wiener/Puetter 2009: 6).

Implizit scheint hier eine quasi-behaviouralistische Handlungslogik als Vorannahme angelegt zu sein, da die Individuen blind ihren kulturellen *scripts* zu folgen scheinen. Insofern gerade aus dieser unreflektierten Bezugnahme auf das jeweilige normative Gepäck in der Interaktion zwischen Individuen allgemein auf die Umstrittenheit und Konflikthaftigkeit von internationaler Politik geschlossen wird, wird Umstrittenheit damit implizit individualistisch und nicht intersubjektiv gefasst. Dabei tritt jedoch in den Hintergrund, dass gerade im Bereich der internationalen Diplomatie die Umstrittenheit von Normen als „Vagheit“ eine strategische Ressource für

Akteure darstellen kann, die Bedeutung bestehender Normen im Einklang mit bestehenden politischen Praktiken umzudefinieren (van Kersbergen/Verbeek 2007: 221-222).

Die Reduktion kultureller Praxis auf individuell getragenes normatives Gepäck erfordert die implizite Annahme von stabilen und einheitlichen (kulturellen) Identitäten. Es liegt der Umstrittenheit also die Annahme einer stabilen »Identität der Identität« (Zehfuss 2001: 92) zugrunde.⁴ Die Vorstellung, dass Individuen auf Kultur als »Wissensvorrat« (Wiener 2007: 62–63) zurückgreifen, der klare Sinnzuschreibungen zu einzelnen Normen bietet, beruht auf der impliziten Zurückweisung von Umstrittenheit als *intersubjektives* Konzept und der Möglichkeit der Fixierung normativer Bedeutung. Die Fixierung von normbezogener Sinnzuweisung und die Grenzen der Identität fallen in dieser Stabilitätsannahme zusammen. Vor diesem Hintergrund funktioniert es auch, Individuen, Eliten, Kultur und Identität über den Begriff der politischen Arena (London, Berlin, Brüssel) zu definieren (Wiener 2008: 71-85). Hieran wird ein implizit formuliertes Akteursverständnis erkennbar, das Umstrittenheit entlang nationaler oder organisatorischer Grenzen reproduziert. Das theoretische Verständnis von Umstrittenheit beruht damit aber nicht auf politischen Subjekten in Relation zu sozialen Praktiken, sondern auf spezifischen handlungstheoretischen Vorannahmen bezüglich des Verhaltens von Akteur*innen.

Diese Engführung von Individuen, Eliten, Kultur und Identität führt dazu, dass Interaktion letztlich nicht intersubjektiv, sondern nur als Konvergenz, Divergenz oder Diffusion kulturell bestimmter individueller Sinnzuschreibungen erfasst werden kann. Das Aufeinandertreffen dieser Individuen wird implizit als *first encounter* – als voraussetzungsloses und nicht iteriertes Aufeinandertreffen konzipiert. Die Individuen müssen daher auf das normative Gepäck ihres kulturellen Wissensvorrats zurückgreifen, um Sinnzuschreibungen vorzunehmen. Damit bleibt aber die Möglichkeit der Interaktion in einem *first encounter* über den Austausch von Signalen zwischen *alter* und *ego*, wie sie etwa Alexander Wendt konzipiert hat (Wendt 1999: 327), verschlossen. Während Wendt die normative Struktur in einem *first encounter* als Ergebnis der Interaktion begreift, ist

4 Maja Zehfuss betont mit Rückgriff auf Derrida die innere Differenz (*difference to itself*) von Kultur, um den Zusammenhang von Normen, Identität und Kultur sowie die Unabgeschlossenheit kultureller Identität zu problematisieren: »That which differs and diverges from itself, of itself« (Derrida 1992: 10). Teil der kulturellen Identität sind auch immer die Auseinandersetzungen um die Definition dieser Identität: »Identity is never given received or attained« (Derrida 1998: 8, zitiert nach Zehfuss 2002: 221).

diese in Wieners Ansatz bereits durch das Muster von Konvergenz oder Divergenz normativer Interpretationen vorformuliert. Identität beruht folglich also gerade nicht auf einem reflexiven Interaktionsprozess.

Über die Konzeptualisierung kultureller Geltung als individuell unterschiedliches normatives Gepäck der beteiligten Akteur*innen gelingt es Wiener, die Umstrittenheit von Normen und ihre Bedeutung in transnationalen Interaktionsprozessen sichtbar zu machen. Gleichzeitig beschränkt dieses Vorgehen den Begriff der Umstrittenheit jedoch vorrangig auf die Divergenz und Konvergenz verschiedener Norminterpretationen. Impliziert wird dabei, dass Divergenz als Bruchstelle zwischen Akteur*innen politischen Konflikt begünstigt und somit ein zu behebendes (und behebbares) Problem für transnationale Normierungsprozesse darstellt. Umstrittenheit wird damit zu einer Frage der Übereinstimmung von Akteursqualitäten statt zu einer Eigenschaft von Normen. Als Konsequenz kann die Umstrittenheit von Normen nicht mehr als Ergebnis von Kontingenz, Kontextgebundenheit und Krisen erfasst werden, obwohl gerade diese in Wieners Ansatz als Ursache für Umstrittenheit betont werden. Eine Konzeptualisierung von Umstrittenheit als genuine Eigenschaft von Normen wird damit quasi nicht möglich.

5. Die Politik der Umstrittenheit: Normative und politische Implikationen der unsichtbaren Verfassung der Politik.

Die bisher diskutierten impliziten Grundannahmen haben auch Folgen für die normative Dimension der Umstrittenheit. Wieners Ansatz zeichnet sich durch eine *bifokale* Herangehensweise aus, die sowohl die empirische wie auch die normative Dimension der Umstrittenheit von Normen in den Blick nimmt.⁵ Insbesondere in der normativen Dimension spiegeln sich die politischen Implikationen eines Verständnisses von Umstrittenheit als Realität internationaler Aufeinandertreffen. Für eine kritische Normenforschung ist dies von besonderer Bedeutung, denn es gilt: »Constructivism obscures the politics already involved in representing reality« (Zehfuss 2002: 250).

Ein konstruktivistisches Normenverständnis muss den »*looping effect*« (Hacking 1999: 34), also die Rückkoppelung zwischen Handeln und Beobachten über Reflexivität, problematisieren. Dies wirft jedoch die Frage

5 Zu Normen und Normativität in den IB siehe auch Wieners Überlegungen zu einer normativen Wende in den IB (2011) sowie Kratochwil (1989).

nach politischer Legitimität auf: »If meaning attribution and the social world are in interaction, then the political status quo and the legitimacy of public action fundamentally depend on this interaction, on this construction« (Guzzini 2000: 148). Wieners Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass er diese Herausforderung an ein konstruktivistisches Normenverständnis unter Bedingungen der Umstrittenheit annimmt und theoretisch erschließt:

»The conditions for normative legitimacy in the absence of both a constitutionally (no shared formal validity) and socially (no social recognition) limited modern context of governance need to be defined« (Wiener 2008: 197).

In Wieners Diskussion jener Bedingungen normativer Legitimität offenbart sich jedoch ein Spannungsverhältnis zwischen einem empirischen und einem normativen Verständnis von Umstrittenheit und damit auch von Legitimität. Denn Legitimität beruht Wiener zufolge einerseits auf dem weitgehenden Zusammenfallen von formaler Geltung, sozialer Anerkennung und kultureller Gültigkeit (Wiener 2008: 200–202). Das Prinzip der Umstrittenheit als empirisch-analytisches Konzept entsteht andererseits gerade als *out-of-context*-Ereignis durch das Auseinanderfallen dieser Dimensionen als Folge von Transnationalisierungsprozessen (Wiener 2008: 47–50). Umstrittenheit ist vor diesem Hintergrund zwangsläufig mit einem Legitimitätsdefizit verbunden. Insofern die Legitimität einer Norm letztlich auf kultureller Gültigkeit beruht, muss die Herstellung demokratischer Legitimität jenseits des Staats folgerichtig auf die Reduzierung von Umstrittenheit hinauslaufen.

Dem steht jedoch Wieners normativer Standpunkt entgegen, dass die Diversität von Sinnzuschreibungen die Akzeptanz transnationaler Normen verbessern und somit zu einer erhöhten demokratischen Legitimation transnationaler Konstitutionalisierungsprozesse beitragen kann (Wiener 2008: 212). Diesen Standpunkt gewinnt sie aus der Beobachtung der jeweiligen Interpretationspraktiken:

»The observation about the key role of practice in processes of norm interpretation raises the normative question of how different expectations about constitutional substance ought to be integrated in constitutional debates, or in environments which produce constitutional quality« (Wiener 2008: 210).

Die Erhaltung von Diversität im Sinne dieser Integration unterschiedlicher Erwartungen an Normen in transnationalen Konstitutionalisierungsdebatten wird also zum normativen Maßstab demokratischer Legitimität jenseits des Staats. Unter Berufung auf den dialogorientierten Ansatz James

Tullys (2002) sei Diversität vor allem in »agonistischen Institutionen« gewährleistet. Diese Institutionen sollen beständiges Verhandeln und einen fortdauernden Dialog über die Bedeutung von Normen sicherstellen (Wiener 2008: 211). Auf diese Weise soll die Sedimentierung dominierender Normbedeutungen verhindert werden, die zugleich das Ende eines Dialogs bedeuten würde. Der Zugang zu Umstrittenheit, im Sinne der Möglichkeit, sich an diesem Dialog zu beteiligen, wird dabei zur Voraussetzung demokratischer Legitimität: »equal access to contestation must be established for all citizens« (Wiener 2008: 209).

Umstrittenheit verhält sich also einerseits antithetisch zu Legitimität und stellt doch andererseits normativ deren Kernmerkmal unter den Bedingungen der Transnationalisierung dar. Dieses Argument ist nicht zwangsläufig widersprüchlich, beruht aber darauf, dass agonistische Institutionen das Konfliktpotential, das mit Umstrittenheit einhergeht, mindern können. Obwohl Konflikt und Umstrittenheit auf Diversität zurückzuführen sind, impliziert Wieners Konzept in seiner normativen Dimension, dass sich Diversität und Umstrittenheit über Dialog ohne Konflikt erhalten lassen und so zur demokratischen Legitimität transnationaler Konstitutionalisierungsprozesse beitragen können (Wiener 2008: 204). Wieners Ansatz bietet jedoch wenig Anhaltspunkte, wie sich Umstrittenheit erhalten und gleichzeitig konfliktfrei gestalten lässt. Stattdessen rückt die Dimension der Unsichtbarkeit in den Mittelpunkt des Arguments:

»Conflicting interpretations of norms or contested norm implementations are not necessarily due to a lack of agreement about a norm's meaning. Instead, it may be due to a lack of understanding of that meaning« (Wiener 2008: 209).

Implizit trifft Wiener also die Setzung, dass Konflikte letztlich auf Missverständnis und Unkenntnis beruhen und Dialog im Sinne der Offenlegung bislang verborgener Konfliktlinien an sich bereits die Auflösung von Konflikten bewirken kann. Zumindest wird dies nahegelegt, wenn die »hidden constitution« als zentrales Problem des transnationalen Konstitutionalismus eingeführt wird und Wiener die Offenlegung von »invisible contestation« in agonistischen Institutionen als normative Konsequenz ihrer empirischen Analyse identifiziert. Die Möglichkeit, dass politische Differenzen oder gar Antagonismen auch nach der Offenlegung fortbestehen, nicht überbrückbar sind oder sogar vertieft werden, wird so bereits im Vorfeld ausgeschlossen. Dabei gilt gerade in hochgradig transnationalisierten Bereichen, dass Normen Gegenstand immer wieder neu aufgelegter Deutungskämpfe zwischen verschiedenen Akteuren über ihre genaue Bedeutung sein können und auch konventionelle konstruktivistische Ansätze

dem strategischen Verhalten von Akteuren dabei eine wesentliche Rolle zuschreiben (van Kersbergen/Verbeek 2007).

In diesem Zusammenhang von Umstrittenheit und Legitimität wird so ein liberales Verständnis von Politik sichtbar, das eine Politik der Realität impliziert. Dialog und Deliberation werden hier als Zugang zu Wahlmöglichkeiten zwischen politischen Alternativen verstanden. Diese Sichtweise beinhaltet jedoch ein spezifisches Politikverständnis, etwa die Annahme, dass mittels Offenlegung divergierender Interpretationen und mehr noch durch den Zugang zu transnationalen kulturellen Praktiken Konflikte gemildert oder gelöst werden können, die auf divergierenden Interpretationen und damit der Umstrittenheit von Normbedeutungen beruhen (Mouffe 2007: 10).⁶ Die Realität dieses Politikverständnisses manifestiert sich auch in der Annahme, die Kultivierung der Umstrittenheit als ein demokratisches Prinzip zu verstehen. Denn ein solcher dialogischer und letztlich konsensorientierter Ansatz negiert ein Verständnis von Politik, das den Konflikt zwischen alternativen Gestaltungen der konstitutionellen Grundordnung zum Kern des Politischen macht (Mouffe 2007: 10). Dies wiederum beinhaltet, Politik als die Möglichkeit zu betrachten, Entscheidungen zu treffen, welche Gewinner und Verlierer kennen. Agonistische Institutionen sind etwa in Chantal Mouffes Vorstellung gerade nicht als Forum des Dialogs gedacht, sondern als Orte der Entscheidung zwischen entgegengesetzten Alternativen, ohne dass dies zu einem offenen Bruch in Freund-Feind-Positionen mündet. Eine Unterdrückung der antagonistischen Dimension des Politischen kann hingegen gerade die Radikalisierung des Politischen hin zu Freund-Feind-Spaltungen des politischen Raums führen. Die geteilten kulturellen Praktiken auf transnationaler Ebene und die Einbindung der subalternen nationalen Ebene in diese könnten also den radikalen Widerstand bis hin zur völligen Ablehnung der auf formaler Ebene geteilten Normen befördern.

Indem Umstrittenheit als dialogisch und konsensual aufzulösenden Ausnahmefall und letztlich als verhinderbares Missverständnis konzeptualisiert wird, wird zudem die Rolle von Verantwortung und Macht in Transnationalisierungsprozessen ausgeblendet. Denn wenn die Umstrittenheit und das damit verbundene Konfliktpotential von Normen sich nicht dialogisch auflösen lassen, erfordert die Anwendung von Normen - und dies schließt die Fixierung der Normbedeutungen ein - im Einzelfall

6 Mouffe grenzt ihre Version einer agonistischen Politik neben anderen auch ausdrücklich von Tullys konsensorientierten und dialogischen Ansätzen ab (Mouffe 2007: 29).

Entscheidungen über eine bestimmte Normbedeutung (Zehfuss 2002: 254–259). Durch solche Entscheidung wird politische Verantwortung zu-rechenbar und damit im Sinne einer antagonistischen Perspektive echtes politisches Handeln möglich (und nötig). Damit tritt politisches Entschei-den an die Stelle einer quasi-technischen Ausführung von »Normprogram-mierung« (Zehfuss 2002: 258) und zugleich rückt die Frage nach Macht, im Sinne der Möglichkeit eine bestimmte Norminterpretation zumindest zeitweilig verbindlich zu setzen, in den Vordergrund.

Indem Wieners Ansatz ein intersubjektivistisches Verständnis von Um-strittenheit zugrunde legt, muss das Legitimitätsverständnis zwangsläufig von der konsensualen Auflösbarkeit von Konflikten ausgehen. In diesem Sinne gilt aber erneut: »Reliance on intersubjectivity is in itself political« (Zehfuss 2002: 141).⁷ Die politischen Implikationen, die somit implizit im Konzept der Umstrittenheit angelegt sind, zeigen sich etwa in der Bewer-tung bestimmter Institutionen der internationalen Politik und den in die-sem Zusammenhang geäußerten Politikvorschlägen. So beurteilt Wiener etwa die Übertragung formaler Macht- und Entscheidungsbefugnisse an inter- und transnationale Institutionen im Sinne einer Ausweitung oder Einführung rein organisatorischer Praktiken ohne die zugrundeliegenden kulturellen Praktiken als einen Grund für den fehlenden Glauben an die demokratische Legitimität dieser Institutionen (Wiener 2008: 204). Aus Sicht eines agonistischen Politikverständnisses ist aber gerade der Mangel an politischer Zurechenbarkeit aufgrund fehlender oder versteckter Ent-scheidungskompetenz das zentrale Problem der demokratischen Legitimi-tät internationaler Institutionen. Zum anderen werden die politischen Vorteile der Unsichtbarkeit durch diese Implikationen verdeckt. Stattdes-sen werden Legitimität, Dialog, und Sichtbarkeit in einen engen Zusam-menhang gerückt, um die Reduktion von Umstrittenheit zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund kann die eingeführte Praxis einer nationalen In-terpretation und Implementation internationaler Verträge nur als proble-matisch beurteilt werden, obwohl gerade diese Praxis geeignet sei, das nor-mative Ziel der Diversität zu befördern: »In international contexts, the ex-pectation of diversity based on social difference is reflected by the tradition

7 Zehfuss kommt zu diesem Schluss durch eine Diskussion des Rationalitätsbegriffs bei Kratochwil (1989) und dessen Konsequenzen für sein Verständnis von Inter-subjektivität. Zehfuss betont, dass gerade in diesem Intersubjektivitätsverständnis die normative und die politische Komponente von Normen auseinanderfallen (2002: 141).

of maintaining treaty language on a considerably general level« (Wiener 2008: 211).⁸

Die impliziten Grundannahmen einer Konzeptualisierung von Umstrittenheit als Realität internationaler Aufeinandertreffen schlagen sich also auch in der konkreten normativen Bewertung internationaler Institutionen nieder und konstituieren letztlich eine bestimmte Politik der Umstrittenheit. Wieners Ansatz verdeutlicht den intrinsischen Zusammenhang von Normalität und Normativität im Normenbegriff und öffnet so den analytischen Blick auf die grundlegenden Fragen der demokratischen Legitimität von Transnationalisierungsprozessen. Die aus der doppelten Qualität von Normen konsequent abgeleitete Legitimitätsanforderung nach einem Zugang zu Umstrittenheit wird jedoch durch die Gleichsetzung von Umstrittenheit und Konflikt verengt. So manifest sich ein Politikverständnis, das in einer spezifischen Politik der Realität mündet, die gerade nicht selbstverständlich ist, sondern letztlich auch normativ ein konsensorientiertes Politik- und Normenverständnisses befördert.

6. Fazit

Umstrittenheit hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Forschungsgegenstand der Normenforschung entwickelt. Die Konzeptualisierung von Umstrittenheit sowie die Diskussionen ihrer Rolle für die Normenforschung haben jedoch gerade erst begonnen. Vor allem mit ihrem Buch *The Invisible Constitution of Politics* entwickelt Antje Wiener einen Ansatz, der die Umstrittenheit von Normen über deren doppelte Qualität als gleichzeitig strukturiert und strukturierend konzeptualisiert und analytisch fassbar machen möchte. Indem Wieners Ansatz nach den kulturellen Grenzen der Interpretation von Normen als *meaning-in-use* und den Folgen von transnationalen Entgrenzungsprozessen für die Rolle von Normen fragt, bildet er einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer kritischen konstruktivistischen Normenforschung, die Umstrittenheit als zentralen Kernbegriff zugrunde legt. Der Ansatz leistet einen Mehrwert für die Normenforschung, indem er (1) systematisch den analytischen Blick auf Normen als Praktiken (*meaning-in-use*) lenkt, (2) über die Dimension

8 Chris Methmanns (2010) Analyse der Nachhaltigkeit im Kontext des internationalen Klimaschutzes als »leerer Signifikant« präsentiert einen Ansatz, der etwa die symbolische Dimension von Normen in den Vordergrund rückt und damit diese Dimension erfassen kann.

der kulturellen Geltung von Normen die Kontextgebundenheit von Norminterpretationen erfasst, (3) die Umstrittenheit von Normen als Konsequenz einer Vervielfachung von Interpretationskontexten hervorhebt und so (4) die intrinsische Verbindung von Normalität und Normativität im Normenbegriff in den Betrachtungsrahmen einbezieht. Zugleich hat dieser Beitrag jedoch eine Reihe von impliziten Vorannahmen in dem Konzept aufzeigen können, die einer kritischen konstruktivistischen Perspektive entgegenstehen und auf eine unsichtbare Verfassung der Umstrittenheit mit politischen Konsequenzen verweisen.

Erstens ist gezeigt worden, dass das Konzept die Ontologisierung der Normen durch eine Ontologisierung kultureller Praktiken ersetzt. Diese Ontologisierung wird dabei mit der kulturellen Geltung begründet, die sich als individuelles normatives Gepäck von handelnden Individuen äußert. Die Bedeutung der Norm ist somit in den Grenzen eines kulturellen Kontextes fixiert. Mit der Zahl dieser kulturellen Kontexte (z.B. verschiedene nationale Eliten) steigt auch die Zahl der Bedeutungszuweisungen an die formal gleiche Norm – und damit ihre Umstrittenheit. Normen werden somit weiterhin als (jetzt kulturelle) Fakten gefasst. Umstrittenheit ist somit aber keine genuine Qualität von Normen, sondern einer Wirkung von Kontextverschiebungen (etwa im Zuge von Transnationalisierung), die ein direktes Aufeinandertreffen konkurrierender Norminterpretationen ermöglicht. Umstrittenheit bezieht sich also nicht auf ein intersubjektivistisches Konzept der sozialen Sinnproduktion in *international encounters*, sondern bezeichnet eine Vervielfachung in sich jeweils abgeschlossener Sinnzuweisungen und deren Aufeinandertreffen.

Zweitens wird die Rolle von Normen in der internationalen Politik mittels einer quasi-behaviouralistischen Logik erfasst. Die über kulturelle Praktiken jeweils kontextspezifisch fixierte Normbedeutung bestimmt das Normenverständnis und implizit das Verhalten von Individuen, die in diesen Kontexten sozialisiert wurden. Damit geht der Ansatz zumindest implizit von stabilen Identitäten aus, also einer *Identität der Identität*. Die Individuen verhalten sich nicht reflektiert zu Normen, sondern folgen einem normativen Skript und sind in diesem Sinne nicht handelnde Subjekte, sondern handlungstheoretisch vorgeformten Akteur*innen. Mit dem Begriff der Umstrittenheit erschließt Wiener der Normenforschung grundsätzlich einen neuen Blick auf die Entstehung und den Wandel von Normen. Die Beschränkung der Analyse auf Umstrittenheit im Sinne eines Aufeinandertreffens von unterschiedlichen individuellen Norminterpretationen betont jedoch die Existenz stabiler Identitäten.

Drittens führen diese Vorannahmen über Normen und ihre Umstrittenheit zu einem Legitimitätsverständnis, das gleichzeitig auf dem Vorliegen

und Nichtvorliegen von Umstrittenheit basiert bzw. diese als Grundnorm demokratischer Legitimität und Hindernis für demokratische Gemeinschaft versteht. Um diesen Widerspruch umgehen zu können, betont Wieners Ansatz die Dimension der Unsichtbarkeit. Umstrittenheit bzw. Konflikte, die sich aus Umstrittenheit ergeben, sind demzufolge das Ergebnis von Missverständnissen und Unwissen basierend auf mangelndem Dialog. Dabei wird implizit vorausgesetzt, dass das Konfliktpotential von Umstrittenheit durch Dialog reduzier- oder überwindbar ist bzw. dass Umstrittenheit auf der Ebene der Norminterpretation ein Hindernis für den Konstitutionalisierungsprozess darstellt. Mit dieser Setzung konstituiert der Ansatz jedoch eine Politik der Realität, die ein liberales Politikverständnis transportiert, die antagonistische Dimension des Politischen und die genuin politischen Dimensionen von Macht und Entscheidung ausblendet. Während also der Ansatz auf der kritischen Ebene die intrinsische Verbindung von Normalität und Normativität verdeutlicht, reflektiert die Analyse der normativen Implikationen diese Verbindung nicht in ihrer vollen Breite.

Das Konzept der Umstrittenheit von Antje Wiener eröffnet wichtige Wege für eine kritische konstruktivistische Normenforschung. Die Infragestellung zahlreicher bisheriger Selbstverständlichkeiten der Normenforschung und die Übersetzung dieser kritischen Hinterfragungen in einen analytischen und normativen Ansatz stellt eine zentrale Voraussetzung für eine Normenforschung dar, die Umstrittenheit als Kern der Norm fokussiert. Zugleich ist der Ansatz aber von Vorannahmen und Entscheidungen geprägt, welche die Implikationen der kritischen Perspektive nicht bis in die letzte Konsequenz verfolgen. Vielmehr verweisen sie auf eine implizite Politik der Realität, eine unsichtbare Verfassung der Umstrittenheit, die praktische Konsequenzen hat. Indem der Beitrag auf der einen Seite die Bedeutung von Wieners Konzept der Umstrittenheit vor allem hinsichtlich seines kritischen Potentials betont, gleichzeitig jedoch aufzeigt, wo dieses kritische Potential noch nicht voll ausgeschöpft wird, sollen Wege für eine Normenforschung aufgezeigt werden, die Wieners Plädoyer für Umstrittenheit als Kern der Normenforschung aufgreifen und ganz im Sinne eines fortschreitenden Projekts fortführen.

Literatur

Axelrod, Robert 1986: An Evolutionary Approach to Norms, in: *The American Political Science Review* 80: 4, 1095–1111.

- Acharya, Amitav 2004: How Ideas Spread: Whose Norms Matter? Norm Localization and Institutional Change in Asian Regionalism, in: *International Organization* 58: 2, 239–275.
- Björkdahl, Annika 2002: Norms in International Relations: Some Conceptual and Methodological Reflections, in: *Cambridge Review of International Affairs* 15: 1, 9–23.
- Checkel, Jeffrey 1998: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50: 2, 324–348.
- Cortell, Andrew P./Davis, James W. 2000: Understanding the Domestic Impact of International Norms: A Research Agenda, in: *International Studies Review* 2: 1, 65–87.
- Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt a.M.
- Derrida, Jacques 1992: The Other Heading: Reflections on Today's Europe, Bloomington, IN.
- Derrida, Jacques 1998: Monolingualism of the Other. Or: The Prosthesis of Origin, Stanford, CA.
- Engelkamp, Stean/Glaab, Katharina/Renner, Judith 2012: In der Sprechstunde: Wie (kritische) Normenforschung ihre Stimme wiederfinden kann, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19: 2, 101–128.
- Engelkamp, Stephan/Glaab, Katharina 2015: Writing Norms: Constructivist Norm Research and the Politics of Ambiguity, in: *Alternatives: Global, Local, Political* 40: 3-4, 201–218.
- Epstein, Charlotte 2008: The Power of Words in International Relations: Birth of an Anti-Whaling Discourse, Cambridge, MA.
- Fierke, Karin M. 2001: Critical Methodology and Constructivism, in: Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud E. (Hrsg.): *Constructing International Relations: The Next Generation*, Armonk, NY, 115–135.
- Finnemore, Martha 2003: The Purpose of Intervention: Changing Beliefs about the Use of Force, Ithaca, NY.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887–917.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 2001: Taking Stock: The Constructivist Research Program in International Relations and Comparative Politics, in: *Annual Review of Political Science* 4: 1, 391–416.
- Friedrichs, Jörg/Kratochwil, Friedrich 2009: On Acting and Knowing: How Pragmatism Can Advance International Relations Research and Methodology, in: *International Organization* 63: 4, 701–731.
- Goertz, Gary/Diehl, Paul F. 1992: Toward a Theory of International Norms: Some Conceptual and Measurement Issues, in: *The Journal of Conflict Resolution* 36: 4, 634–664.
- Guzzini, Stefano 2000: A Reconstruction of Constructivism in International Relations, in: *European Journal of International Relations* 6: 2, 147–182.

- Hacking, Ian 1999: *The Social Construction of What?*, Cambridge, MA.
- Hopf, Ted 1998: The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: *International Security* 23: 1, 171–200.
- Joachim, Jutta/Schneiker, Andrea 2012: Changing Discourses, Changing Practices? Gender Mainstreaming and Security, in: *Comparative European Politics* 10: 5, 528–563.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) 1996: *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York, NY.
- Kim, Nora Hui-Jung 2009: Framing Multiple Others and International Norms: The Migrant Worker Advocacy Movement and Korean National Identity Reconstruction, in: *Nations and Nationalism* 15: 4, 678–695.
- Klotz, Audie 1995: *Norms in International Relations: The Struggle against Apartheid*, Ithaca, NY.
- Kratochwil, Friedrich 1989: *Rules, Norms, and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge.
- Kratochwil, Friedrich 2001: How Do Norms Matter?, in: Byers, Michael (Hrsg.): *The Role of Law in International Politics: Essays in International Relations and International Law*, Oxford, 35–68.
- Krook, Mona L./True, Jacqui 2012: Rethinking the Life Cycles of International Norms: The United Nations and the Global Promotion of Gender Equality, in: *European Journal of International Relations* 18: 1, 103–127.
- Legro, Jeffrey W. 1997: Which Norms Matter? Revisiting the "Failure" of Internationalism, in: *International Organization* 51: 1, 31–63.
- McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: *International Relations* 23: 1, 5–25.
- Methmann, Chris 2010: 'Climate Protection' as Empty Signifier: A Discourse Theoretical Perspective on Climate Mainstreaming in World Politics, in: *Millennium - Journal of International Studies* 39: 2, 345–372.
- Mouffe, Chantal 2007: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a. M.
- Niemann, Holger/Schillinger, Henrik 2017: Contestation 'All the Way Down'? The Grammar of Contestation in Norm Research, in: *Review of International Studies* 43: 1, 29–49.
- Panke, Diana/Petersohn, Ulrich 2012: Why International Norms Disappear Sometimes, in: *European Journal of International Relations* 18: 4, 719–742.
- Payne, Rodger A. 2001: Persuasion, Frames and Norm Construction, in: *European Journal of International Relations* 7: 1, 37–61.
- Pouliot, Vincent 2007: "Subjectivism": Toward a Constructivist Methodology, in: *International Studies Quarterly* 51: 2, 359–384.
- Price, Richard/Reus-Smit, Christian 1998: Dangerous Liaisons? Critical International Theory and Constructivism, in: *European Journal of International Relations* 4: 3, 259–294.

- Raymond, Gregory 1997: Problems and Prospects in the Study of International Norms, in: *International Studies Quarterly* 41: 2, 205–245.
- Renner, Judith 2013: Discourse, Normative Change and the Quest for Reconciliation in Global Politics, Manchester.
- Rosert, Elvira 2012: Fest etabliert und weiterhin lebendig: Normenforschung in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22: 4, 599–623.
- Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2007: Zur Erosion internationaler Normen. Folterverbot und nukleares Tabu in der Diskussion, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14: 2, 253–287.
- Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: *European Journal of International Relations* 14: 1, 101–131.
- Tully, James 2002: The Unfreedom of the Moderns in Comparison to Their Ideals of Constitutional Democracy, in: *The Modern Law Review* 65: 2, 204–228.
- van Kersbergen, Kees/Verbeek, Bertjan 2007: The Politics of International Norms: Subsidiarity and the Imperfect Competence Regime of the European Union in: *European Journal of International Relations* 13: 2: 217–238.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: *European Journal of International Relations* 10: 2, 189–234.
- Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to 'Interaction', in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 10: 1, 47–69.
- Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge.
- Wiener, Antje 2009: Enacting Meaning-in-Use: Qualitative Research on Norms and International Relations, in: *Review of International Studies* 35: 1, 175–193.
- Wiener, Antje 2011: Zur normativen Wende in den IB. Triangulation of a Different Kind, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17: 2, 334–354.
- Wiener, Antje 2014: *A Theory of Contestation*, Berlin.
- Wiener, Antje 2017: A Theory of Contestation: A Concise Summary of Its Argument and Concepts, in: *Polity* 49: 1, 109–125.
- Wiener, Antje/Puetter, Uwe 2009: The Quality of Norms is What Actors Make of It, in: *Journal of International Law and International Relations* 5: 1, 1–16.
- Zehfuss, Maja 2001: Constructivism and Identity. A Dangerous Liaison, in: *European Journal of International Relations* 7: 3, 315–348.
- Zehfuss, Maja 2002: *Constructivism in International Relations: The Politics of Reality*, Cambridge.